



Samstag, 31. März 2018, 15:57 Uhr  
~14 Minuten Lesezeit

## Das große Mauscheln

Die Medienmacher haben kein Interesse daran, uns die Welt so zu zeigen, wie sie ist.

von Volker Bräutigam, Friedhelm Klinkhammer  
Foto: Adrian\_am13 /Shutterstock.com

*Damit du in Übung bleibst, lieber Nachbar: Zum Aperitif holen wir dich und deine Sozn wieder kurz auf die Rolle. Danach unser Tagesmenü: Aufgewärmtes von Schweinereien aus dem NDR-Rundfunkrat. Resteessen, wie letztens abgemacht. Dafür zum Nachtsch ein Überraschungsbonbon. Einverstanden?*

**Jetzt nehmen wir erst mal 'nen Kurzen.**

Olaf Scholz berief Werner Gatzer und Jörg Kukies als

Staatssekretäre an die Spitze des Finanzministeriums. Der eine war in gleicher Funktion bereits Schäubles „Organisator der Schwarzen Null“, der andre früher Investmentbanker bei Goldman Sachs. Scholz, dein kommissarischer Sozn-Chef, hat den Erneuerungsprozess der bürgerlich genormten Arbeiterbewegung von Amts wegen eingeleitet.

Die Augen – rechts!

Prost.

Was es da zu lachen gibt? Nix. Du hast Recht, es ist zum Heulen. Das ist ja gerade der Witz an der Sozn-Nummer. Sie ist die Quittung an alle Freunde der repräsentativen Demokratie, dafür, dass sie glauben, mit mehrheitlich lupenreinen Lobbyisten, bornierten Parteifuzzis und ausgemachten Pfeifen im Reichstag sei Staat zu machen.

So, nun komm zu Tisch. Erster Gang heute: Rundfunkrats-Kotzbrocken an Gschafthuber-Soße.

Rundfunkräte haben laut Staatsvertrag nicht nur darüber zu wachen, dass die Programmrichtlinien in den Sendungen befolgt werden. Sie haben auch Mitspracherechte bei der Programmgestaltung. Primär liegen diese Kompetenzen bei der/dem Programmausschuss-Vorsitzenden des Rundfunkrates. Weshalb sie/er auch ein doppelt so hohes Honorar pro Sitzung bekommt wie ein einfaches Ratsmitglied, 130 Euro. Plus großzügigen Spesenersatz, versteht sich.

Derzeit hat Angelika Huntgeburth diesen bedeutenden Vorsitz inne. Es lohnt sich, mehr über sie zu erfahren. Über ihre Amtsführung, ihr Amtsverständnis, ihr Verhältnis zum NDR-Management.

Sie erhielt ihr NDR-Rundfunkrats-Ticket anno 2012 vom Landesfrauenrat e. V. Hamburg. Seinerzeit war sie Aktivistin des „Pro:fem Verbund Hamburger Frauen- und Mädcheneinrichtungen e. V.“. Drei Jahre später wurde sie als Vorsitzende des Vereins „Dolle Deerns“ mit der „Zitronenjette 2015“ im Hamburger Rathaus ausgezeichnet. (Die „Zitronenjette“ Henriette Johanne Marie Müller war ein Original der Stadtgeschichte, ebenso wie der bekanntere Wasserträger Hans Hummel, bürgerlicher Name Johann Wilhelm Bentz).

Aus der Laudatio:

*„(...) hat sich auf besondere Weise für die Gleichstellungspolitik, insbesondere im Bereich der feministischen Mädchenarbeit, wie auch beim Kampf gegen Gewalt an Frauen engagiert. Bereits 1979 begann sie Programme für Frauen zu konzipieren, die ihnen eine eigenständige Existenzsicherung ermöglichten. Seit 1991 engagiert sie sich für die feministische Mädchenarbeit (...) ist maßgeblich bei der Planung und Umsetzung von institutionsübergreifenden Großaktionen für Mädchen beteiligt. Sie ist in der Hamburger Szene sehr gut vernetzt.“*

Wie schön. Eine Multifunktionärin des Guten: Vorstandsmitglied bei „Zahnrad e. V.“. Dozentin bei „Mädchenkurs“. Gründungs- und Vorstandsmitglied der Landes-Arbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik Hamburg e. V. Mitglied im Ausschuss der Landesjugendhilfe. Vorstand der pro:fem. Zweite Vorsitzende des Landesrundfunkrates Hamburg. Akteurin bei diversen Vorträgen in der gesamten Bundesrepublik. Unermüdlich öffentlich präsent. Sie verkörpert sozusagen ein umsatzstarkes Frauen-Unternehmen. Es finanziert sich sowohl aus privaten – steuerlich abzugsfähigen – Spenden, als auch, und zwar zum größeren Teil, aus öffentlichen Zuwendungen. Zu Angelika Huntgeburths Förderern zählen Konzerne wie die Telekom, die Bürgerstiftung, das Hamburger Spendenparlament und die Freie und Hansestadt Hamburg. Promis wie die Tagesthem-

Moderatorin Pinar Atalay fungieren als Kühlerfiguren.

Was dagegen einzuwenden ist? Auf den ersten Blick nichts. Das frauenpolitische Engagement verdient seinen Applaus. Gegen die Kooperative mit der Tagesthemen-Moderatorin allerdings spricht die Besorgnis über eine mögliche Befangenheit. Und zwar laut und deutlich. Unvereinbar erscheint zudem der für gemeinnützige Rundfunkratsarbeit nötige Zeitaufwand mit den Folgen der Ämterhäufung in einem gesellschaftspolitischen Spartenbereich.

Wie will sie ihre Multifunktionen unter einen Hut bringen? Welche ihrer vielen Aufgaben wird wohl oder übel am wenigsten gründlich bedacht, wenn der Terminkalender überquillt? Angelika Huntgeburth ist in erster Linie Frauenpolitikerin. Bezüglich Rundfunk-Programmgestaltung wirkt sie nicht sonderlich kompetent. Sarkastisch angemerkt: Genau die Richtige, um das NDR-Management bei der Programmentwicklung zu beraten und bei der Programmgestaltung zu überwachen.

Das beweist sie mit ihrem Aufgabenverständnis:

*„Als Delegierte von Frauenorganisationen liegen mir natürlich insbesondere die Belange von Frauen am Herzen. (...) All die Jahre galt es, die Belange der Frauen immer wieder zu thematisieren, sei es in der Sprache, die immer wieder eher männlich dominiert ist – und damit Frauen ausschließt – oder z.B. in der Frage, warum im Bereich Sport weibliche Mitarbeiterinnen, wie z.B. Moderatorinnen, so selten sind.“*

Ein sprachliches Glanzstück, der Beweis für Kompetenz. Da haben männliche Männer gar nix mehr zu sagen, jetzt wird aber mal richtig weiblich dominiert ... schon gut, schon gut! Dürfen wir noch „der“ Sozn sagen oder müssen wir zu „die Sozin“ übergehen? Obwohl wir schon NDR-Rentner sind, sollten wir vielleicht bei der Feminismus-Fachfrau im NDR-Rundfunkrat nachfragen.

Jede/r hat das Recht, sich nach Gusto Prioritäten zu setzen. Wenn diese allerdings einen so stark verengten Blick wie hier auf die gesamtgesellschaftlich bedeutsame Arbeit offenbaren, mit der eine Programmausschuss-Vorsitzende von Gesetzes wegen betraut ist, dann ist Einspruch angesagt: In dieser Funktion sind die Interessen aller Rundfunkteilnehmer zu vertreten, nicht nur die der Mädchen und Frauen.

Von der unsäglichen Gender-Debatte längst entnervt wenden wir ein, dass es im Zusammenleben der Menschen a) einen Haupt- und b) viele Nebenwidersprüche gibt. Wir, bloß Männer, verstehen den Klassenunterschied zwischen Arm und Reich, zwischen Kapital und Arbeit als Hauptwiderspruch. Die Geschlechterfrage erscheint uns als demgegenüber nachgeordnet. Ob Krieg oder Frieden sein soll, halten wir für wesentlicher als den Streit darüber, ob die Anrede „liebe Mitgliederinnen“ idiotisch ist. Sie ist bescheuert. „Herr“schaft beginnt zwar im Reich der Sprache. Aber es gilt denn doch, erhebliche Unterschiede in Art und Mitteln der Herrschaftsausübung sowie in deren Folgen zu beachten.

Zu fundamentalen Programmangelegenheiten schweigt Angelika Huntgeburch oder liefert allenfalls Allgemeinplätzchen. Sie wirkt genauso überfordert wie alle anderen Rundfunkräte auch. Sobald Fragen zum Programm anstehen, geht denen die Puste aus. Sie sind den Herren des NDR-Managements argumentativ und meist auch rhetorisch hoffnungslos unterlegen. „Laiendarsteller“ nennt der vormalige NDR-Justiziar Dr. Werner Hahn auch schon einmal die Rundfunkräte, mit denen er während seiner Dienstzeit zu tun hatte. Ihr Kompetenzdefizit zeigt sich besonders dann, wenn zu beurteilen ist, ob bestimmte Sendungen gesetzeskonform sind und den Vorgaben des Rundfunkstaatsvertrags entsprechen oder nicht.

Gegen professionelle NDR-Rechtsausleger kommt ein NDR-Rundfunkrats-Amateur nicht an. Der Blick in die NDR-Geschäftsberichte zeigt, dass Rundfunkräte sich zwar gelegentlich

auch mal zu Programmfragen äußern, dabei jedoch in bemerkenswerter Weise mit dem Management des Senders übereinstimmen. Ein eigenständiger Gedanke ist selten erkennbar. Kritische Programmkontrolle – die wichtigste Aufgabe des Rundfunkrates – überhaupt nicht.

Dafür möchtest du einen Beleg? Bitte, hier:

Die neun Landesrundfunkanstalten der ARD, darunter der NDR, entsenden aus ihren jeweiligen Rundfunkräten je ein Mitglied sowie einen Stellvertreter in den ARD-Programmbeirat. Dieser soll ebenfalls die Interessen der Zuschauer vertreten und dafür sorgen, dass der wichtigste Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erfüllt wird: „hochwertige Information“ anbieten.

Im Sommer 2014 – Monate nach dem Maidan-Putsch – kam dieser Beirat zu einem unmissverständlichen Urteil über die Ukraine-Berichterstattung der ARD-aktuell: „Fragmentarisch“ sei sie, „tendenziös“, „mangelhaft“, „einseitig“. Der Programmbeirat teilte also über weite Strecken die Publikumskritik (1).

Dazu hättest du gern mehr als nur die paar Schlagworte? Kein Problem!

Einzelheiten des Verlaufs und die besagten Beschlüsse jener denkwürdigen Sitzung im Juni 2014 sind nämlich durchgesickert. Die Beiräte hatten, höchst ungewöhnlich, „eine ganze Reihe von Beiträgen“ über die Krise in der Ukraine selbst analysiert, ohne sich dabei von den Programmverantwortlichen die Hucke volllabern zu lassen. Die breite Kritik aus dem Publikum an der Ukraine-Berichterstattung hatte ihnen genug zu denken gegeben.

In zehn Punkten stellten sie unzureichende Arbeit fest, vor allem manifest in den Sendungen der ARD-aktuell. Gefehlt hätten differenzierende Berichte über die Verhandlungen der EU bezüglich

des hochproblematischen Assoziierungsabkommens mit der Ukraine. Die „politischen und strategischen Absichten der NATO“ bei ihrer Ostausdehnung seien kaum thematisiert worden. Die Legitimation des sogenannten „Maidanrats“ und die „Rolle der radikal nationalistischen Kräfte, insbesondere Swoboda“ hätten ebenso wenig eine Rolle gespielt wie deren Aktivitäten beim Scheitern „der Vereinbarung zur Beilegung der Krise in der Ukraine vom 21. Februar“ (Maidan-Massaker). Außerdem seien die „Verfassungs- und Demokratiekonformität“ der Absetzung Präsident Janukowitschs sowie die Rolle rechtsradikaler Kräfte bei jenem Staatsstreich nicht hinreichend Gegenstand der ARD-Berichterstattung gewesen. Gefehlt hätten darüber hinaus kritische Analysen über Politiker wie Julia Timoschenko und Vitali Klitschko. Nicht zuletzt seien keinerlei „belastbare Belege für eine Infiltration durch russische Armeeangehörige“ geliefert worden. Über die Ukrainekrise habe es „viel zu wenige vertiefende und das Geschehen verständlich machende Darstellungen gegeben.“

Rumms. Das reicht dir? Gut. Dann fügen wir nur noch ein paar kurze Bemerkungen an:

- Der ARD-Programmbeirat verabschiedete sein vernichtendes Urteil einstimmig.
- Der Beirat hat, anders als die Rundfunkräte der Sender, leider keine Entscheidungsbefugnisse.
- WDR-Intendant Buhrow reagierte gegenüber dem Beirat „extrem unsachlich“ (1). Im WDR-Intranet erklärte er später, den Vorwurf unsauberer und einseitiger Berichte werde man „nicht auf sich sitzen lassen“. Er gehe an die „journalistische Ehre“ (2).
- Auch der mit Unfehlbarkeit gesalbte Chefredakteur der ARD-aktuell, Dr. Kai Gniffke, das Kronjuwel des Exzellenzjournalismus, wies den einstimmigen Beiratsbefund zurück (3).

Die Mehrheit der Intendanten-Kollegen Buhrows in den anderen Rundfunkanstalten bewies zudem echten Korpsgeist: ARD-intern

richteten sie ihren Zorn auf den Programmbeirat. Nicht gegen die miese Tendenzberichterstattung der Tagesschau.

Die Spitzenleute des öffentlich-rechtlichen Rundfunks waren besonders deshalb stinkig, weil die Beirats-Philippika in die Öffentlichkeit geraten war. Im Selbstverständnis dieser Herrschaften kann nicht sein, was nicht sein darf: Dass ihre dreckige Wäsche vor aller Augen gewaschen wird. Obwohl es vorgeblich doch Sinn und Zweck der öffentlich-rechtlichen Organisationsform des Rundfunks ist, das Programmangebot der öffentlichen Kontrolle anheimzugeben.

Und wie reagierte der NDR-Rundfunkrat? Eines seiner führenden Mitglieder hatte doch ebenfalls im ARD-Programmbeirat gesessen und an dessen einstimmig verabschiedeter Fundamentalkritik mitgewirkt?

Jetzt ein Angebot für dein Hühnerauge, wir haben das NDR-Ratsvotum nämlich schriftlich:

*„Besonders intensiv hat sich der Rundfunkrat 2014 mit der Ukraine-Berichterstattung im Ersten befasst. Hintergrund dafür waren nicht zuletzt zahlreiche kritische Meinungsäußerungen des Publikums. Das Gremium würdigte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Leistung der Korrespondentinnen und Korrespondenten in Kriegs- und Krisengebieten, die unter hohem Zeitdruck und schwierigsten Arbeitsbedingungen den Informationsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks professionell, objektiv und sachlich fundiert umsetzen.“*

Der reinste Devotionalien-Laden. Mindestens einer der Erlauchten hat sich hier selbst in den Arsch getreten. Diese artistische Leistung konnte gelingen, weil die NDR-Rundfunkräte sie in einem Intensivkurs üben durften, den das NDR-Management organisiert hatte. Aus Rundfunkgebühren bezahlt. Im Herbst 2014, auf einer



schönen, erholsamen Klausurtagung, hatten sich die Damen und Herren darüber belehren lassen, was unter „Qualität in den öffentlich-rechtlichen Programmen“ zu verstehen sei.

Wie delikat, dieser Nachhilfeunterricht für Rundfunkräte. Damit sie endlich wissen, wovon sie reden, gelle? Frag immer den Bäcker, ob dir seine Semmeln schmecken!

Was unsere Publikumsvertreter dabei gelernt haben, zeigte sich in ihrer öffentlichen Rechtfertigung für den Aufwand. Mit der Tagung habe das Gremium „dazu beitragen wollen, Qualitätsstandards zu sichern und das Qualitätsmanagement im NDR zu optimieren“.

Das floss garantiert nicht aus einer Rundfunkrats-Feder sondern ist einem Reklame-Fuzzi aus der NDR-Abteilung Öffentlichkeitsarbeit eingefallen. Dafür gibt's aber 'ne Eins in Schönsprech!

Ob solch blauer Dunst nicht eher als Offenbarungseid auf die Kompetenzdefizite des Rundfunkrats zu werten ist? Entscheide selbst. Kleine Hilfestellung: Im Bericht 2016 des Rundfunkrates heißt es erneut:

*„Mit dem Workshop zum Thema ‚Nachrichtensendungen – Wirkung und Handwerk‘ setzte der Rundfunkrat seine im letzten Jahr begonnene Fortbildung zur Rolle des Fernsehens als Medium der Informationsvermittlung fort. Im Mittelpunkt des Workshops standen die Analyse der Stärken und Schwächen von ‚Tagesschau‘, ‚Tagesthemen‘ & Co. im Vergleich zu anderen Nachrichtensendungen.“*

Mit anderen Worten: Das NDR-Management hat den Räten vorgemacht, dass Tagesschau guttigutti und n-tv bähbäh. Bewiesen mit ausgewählten Sendebeispielen. Zu konsumieren bei Spitzentee und Knabberkeksen.

Souveränität und profunde Sachkompetenz hat das aufwendige Studium nicht vermittelt. In den Konferenzen tragen diese Räte

kaum Substanzielles zu den Programmfragen bei. Stattdessen sorgten sie für ihr Wohl mittels Selbstbefreiung von anstrengender Kontrollarbeit, indem sie die Mitwirkung des gebührend zahlenden Publikums weiter einschränkten. Sie führten restriktive Verfahren ein, mit denen das Beschwerderecht der Rundfunkteilnehmer massiv ausgehebelt und ihre Kritik abgewürgt wird.

Angelika Huntgeburth, als Frauenrechte-Multifunktionärin ausgelastet und nach eigenem Bekunden thematisch weitgehend auf Feminismus eingegrenzt, nimmt ausgerechnet die wichtigste Position bezüglich der gesetzlich vorgeschriebenen Programmkontrolle ein.

Der NDR-Leitung dürfte die Neubesetzung sehr gefallen. Kritische Gremienarbeit droht bei dieser Konstellation nicht. Symbolisch dafür steht, dass Tagesthemen-Star Pinar Atalay auf Angelika Huntgeburths Website als Schirmherrin des Vereins „Dolle Deerns“ auftaucht. Ein symbiotisches Signal für innige Zusammenarbeit und raffinierte Netzwerkkerei anstelle von persönlicher und sachlicher Distanz, der notwendigen Basis für unbefangene Kontrolltätigkeit. Zum Wohle der NDR-Leitung, zum Nachteil des zahlenden Publikums.

Ach, unsere teuren Rundfunkräte! 58 Exemplare dieser Auserwählten leistet sich der NDR. Das kostet aber was. Wir kalkulieren hier äußerst knapp:

58 x 7.000 Euro für Aufwandsentschädigung, das macht rund 450.000 Euro jährlich. Plus 14 x 58 x 100 Euro Tagegelder, macht weitere 100.000 Euro. Plus 14 x 58 x 150 Euro geschätzte Reisekosten, ergibt jährlich 150.000 Euro. Geschätzte Personalkosten für das Gremienbüro: 200.000 Euro jährlich. Geschätzter Sachaufwand für Sitzungen, Seminare, Beköstigung, Raumbewirtschaftung: 300.000 Euro. Geschätzter Personalkostenanteil für die zeitliche Inanspruchnahme der NDR-

Leitung – Intendant, Stellvertretender Intendant, Justiziar,  
Verwaltungsdirektor, Produktionsdirektor, Programmdirektor  
Hörfunk, Programmdirektor Fernsehen, vier  
Landesfunkhausdirektoren – 1.000 Euro pro Tag für mindestens 6  
Spitzenleute, x 14 Sitzungstage, macht mindestens 100.000 Euro  
jährlich. Geschätzte NDR-Personalkosten für  
Sitzungsvorbereitungen, Haushalt, Vorlagen und Projekte: jährlich  
500.000 Euro. Geschätzter Personalkostenaufwand bei ARD-aktuell  
für die Bearbeitung von Zuschauer-Reaktionen und Belieferung des  
Rundfunkrats mit Stellungnahmen: jährlich 800.000 Euro.

***Wir zählen zusammen: 450.000 + 100.000 + 150.000 +  
200.000 + 300.000 + 100.000 + 500.000 + 800.000 = 2,6  
Millionen Euro jährliche Kosten für demokratisch  
legitimierte Programmkontrolle.***

Doch am Jahresende darf man sagen: Außer Spesen nicht viel  
gewesen.

Na? Schmeckt's noch? Jetzt willst du endlich das Bonbon zum  
Nachtisch auspacken?

Gut. Bitte schön ausgiebig fletschern, das schützt vor Übergewicht.  
Wir wollen uns doch nicht nachsagen lassen, wir hätten einen Sozn  
gemästet.

Tätä tätä tätä: Der WDR-Rundfunkrat wurde erleuchtet. Wahr und  
wahrhaftig! Er schlug eine Begrenzung der Spitzenhonorare bei  
ARD, ZDF und Deutschlandradio vor:

*„Der WDR-Rundfunkrat versteht sich als Treuhänder der  
Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Er sieht seine Aufgabe auch  
darin, im Rahmen des Programmauftrags über die Grundsätze der  
Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit im WDR und in der ARD zu  
wachen. Zum Beispiel schlägt er vor, über die Limitierung der*

*Spitzenhonorare im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nachzudenken.“*

Boahhh! Waaas? Tatsächlich. So beschlossen und verkündet bereits am 30. Juni 2017 (4).

Und niemand hat es bemerkt. Keiner zog Konsequenzen und machte was draus. Obwohl die ARD-Anstalten, auch der NDR, jährlich Unsummen für Talkmaster, Sport- und sonstige Moderatoren, „Experten“, Gutachter et cetera zum Fenster rauswerfen. Talkmaster Günther Jauch beispielsweise, wir erinnern uns, erhielt für 39 Sendungen à 60 Minuten 10,5 Millionen Euro. Konkreter vorstellbar: Für jede Sendeminute 4.450 Euro. Orientierten die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten anstelle solchen Irrsinns die gerade noch vertretbare Honorargrenze an den Gehältern der Richter am Bundesverfassungsgericht, dann ergäben sich Einsparungen in Millionenhöhe. Das Grundgehalt des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts entspricht dem eines Bundesministers; rund 17.500 Euro brutto monatlich. Plus Familienzuschläge (5). Sein theoretischer „Stundenlohn“ liegt bei gut 100 Euro.

Warum aus diesem vernünftigen Vorschlag der WDR-Rundfunkräte nichts wird und warum auch das NDR-Management samt seinen Hiwis im Rundfunkrat diesbezüglich mucksmäuschenstill bleibt?

Streng mal deine Fantasie an. Guck die Gehälter des NDR-Managements an. Intendant Marmor bekommt monatlich geschätzt 31.000 Euro, plus Tantiemen für Funktionen in NDR- und ARD-Tochtergesellschaften, Dienstwagen mit Chauffeur und so weiter. Fast doppelt soviel wie ein Verfassungsrichter und mindestens ein Viertel mehr als die Bundeskanzlerin. Sein Stellvertreter und die Direktoren nagen ebenfalls nicht am Hungertuch (6). Würden die Spitzenhonorare in der ARD gekappt, dann wäre eine Diskussion über die Spitzengehälter zwangsläufig. Also heißt es für die Manager: Wehret den Anfängen!

Die „Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs“ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (KEF) ist da auch nicht grad pingelig. Ihre Mitglieder sind viel zu sorgfältig von den Ministerpräsidenten der Bundesländer für den Job ausgeguckt worden. In der KEF brennt nichts an. „Eine Hand wäscht die andere“, weiß das humanistisch gebildete Eskimomädel, und wischt seine tranigen Finger an der Robbenfellhose ab.

Was sagt uns das? In unserer Plutokratie werden das politische und das mediale Funktionspersonal an der Spitze gemäß ihrer Bedeutung fürs große Ganze bezahlt. Die Meinungsmacher sind systemisch relevant, also extra teuer. Ihr Werkstück, die öffentliche Meinung, muss in der Rundfunkdrehbank immer passgerecht gedreht werden. Keine Ecken und Kanten stehen lassen, immer schön rund. Damit Lisl und Michl auf dem Sofa brav ihre Milch der frommen Denkungsart schlucken, im Schein der Wunderlampe.

Du verstehst?

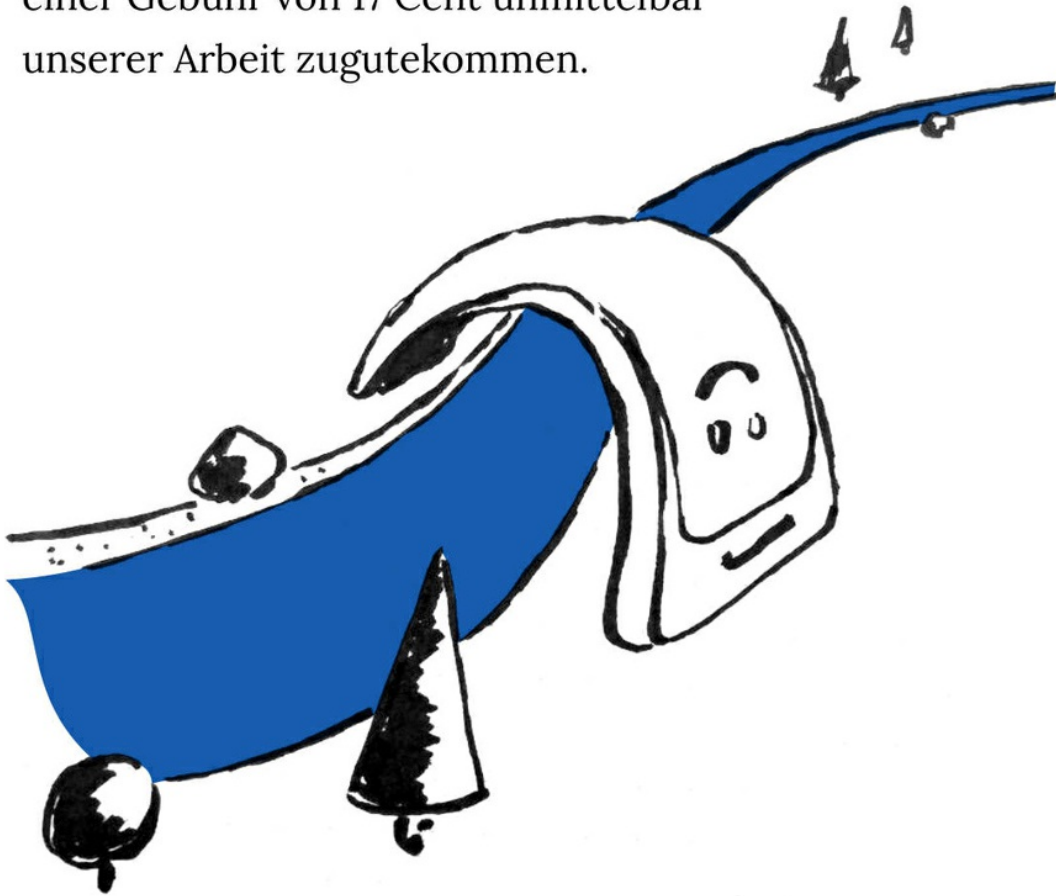
Abweichende Meinung, kritische Einstellung, Widerstandsdenken und Wählerprotest sind unerwünscht. Ausschuss. Die Werkstattmeister müssen spitze bezahlt werden. Fauler Zauber ist immer teuer. Der ganze Rundfunkrats-Demokratismus aller neun ARD-Anstalten, des ZDF, des DLF und der Deutschen Welle kostet pro Jahr vermutlich mindestens 15 Millionen Euro.

Die du bezahlst. Dafür, dass du die Welt nicht so siehst, wie sie ist – und erst recht nicht so, wie sie sein könnte.



## Hat Ihnen dieser Artikel gefallen?

Dann unterstützen Sie unsere Arbeit auf die denkbar schnellste und einfachste Art: per SMS. Senden Sie einfach eine SMS mit dem Stichwort **Rubikon5** oder **Rubikon10** an die **81190** und mit Ihrer nächsten Handyrechnung werden Ihnen 5,- bzw. 10,- Euro in Rechnung gestellt, die abzüglich einer Gebühr von 17 Cent unmittelbar unserer Arbeit zugutekommen.



---

### Quellen und Anmerkungen:

(1) <https://www.heise.de/tp/features/Ukraine-Konflikt-ARD-Programmbeirat-bestaetigt-Publikumskritik-3367400.html>  
(<https://www.heise.de/tp/features/Ukraine-Konflikt-ARD->





**Friedhelm Klinkhammer**, Jahrgang 1944, ist Jurist. Von 1975 bis 2008 war er fest angestellt beim NDR. Er war Gesamtpersonalrats- und ver.di-Vorsitzender sowie zeitweise Arbeitnehmer-Vertreter im NDR-Rundfunk- und -Verwaltungsrat.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz ([Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de))** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.